



DUISBURGER KALKÜL

Trotz großem Leerstand drohte Duisburg Geflüchtete in Zelten unterzubringen. Und hat mit der Strategie Erfolg.

► Seite 3



KENNZEICHNUNG

90 Prozent der Verfahren gegen Polizist*innen werden eingestellt oder enden mit einem Freispruch. Das liegt auch an der Anonymität.

► Seite 4 und 5

AKDUELL IM NETZ

Alle Artikel, die Möglichkeit zu Kommentieren und noch viel mehr gibt es im Internet unter der Adresse:

► www.akduell.de

Dortmunder Räumungskrimi

Am vergangenen Donnerstag sah es noch gut aus für das Soziale Zentrum Avanti, das eine knappe Woche zuvor durch die Besetzung einer ehemaligen Kirche in der Dortmunder Nordstadt entstanden war. Die Katholische Kirche hatte eine einwöchige Duldung ausgesprochen und es liefen Verhandlungen über eine Zwischenvermietung der seit sieben Jahren leerstehenden Immobilie. Am Freitag nahm dann die Dortmunder Polizei, seit März unter Führung des umstrittenen Polizeipräsidenten Gregor Lange, das Ruder in die Hand. Man erklärte das Zentrum Avanti zum Tatort eines vermeintlichen Mordversuchs, nahm die Fingerabdrücke aller Anwesenden ab und räumte das Gebäude. **Krimi oder Realität? aktuell fasst zusammen.**



Die besetzte Kirche in der Dortmunder Nordstadt wurde geräumt. Der krasse Vorwurf an die Aktivist*innen: Mordversuch. (Foto: lenz)

Die Besetzung der entweihten Kirche fand am 22. August statt. Einen Tag später wollten Dortmunder Neonazis aus dem Umfeld der Partei „Die Rechte“ gegen das Verbot ihrer alten Vereinigung „Nationaler Widerstand Dortmund“ protestieren (akduell berichtete). In der Nacht zum Samstag meldete „Die Rechte“ dann kurzfristig noch eine zusätzliche Demonstration an, die am besetzten Haus enden sollte. Die Polizei genehmigte zwar nicht die angemeldete Route, erlaubte den militanten Nationalist*innen aber, vor dem Avanti aufzumarschieren. In einer Erklärung der Besetzer*innen wird kritisiert, dass die bevorstehende Neonazikundgebung nicht öffentlich kommuniziert wurde. „Angesichts des Gewaltpotentials der Dortmunder Neonazis ist es unverantwortlich, eine solche Kundgebung geheim zu halten“, heißt es dort. „Auf das Konto dieser Leute gehen mehrere

Morde und unzählige gewalttätige Übergriffe.“

Die Geschichte wiederholt sich

Hier wiederholte sich offenbar vieles, was die Dortmunder Polizei bereits am Abend der Kommunalwahl in die Kritik gebracht hatte, als sie eben jene Neonazis unbehelligt vor dem Rathaus aufmarschieren ließ und später nicht gegen die Angreifer*innen ermittelte, sondern gegen Mitglieder des Stadtrates, die sich ihnen entgegenstellten als noch keine Polizei vor Ort war. Auch vor dem Avanti erschienen die Nationalist*innen nach Angaben der Besetzer*innen lange vor der Polizei, die später 60 rechte Demonstrant*innen zählte. Eine Augenzeugin berichtet: „Sie standen vor der Tür und riefen Parolen wie: ‚Wir kriegen euch alle!‘, ohne dass die Polizei zu sehen war. Wir hatten Angst um unser Leben.“ In dieser Situation sei ein Gegenstand

vom Dach geworfen worden, den die Polizei nach ihrem Eintreffen sogleich emsig fotografiert habe. Am Abend übernimmt die Polizei in einer Pressemitteilung keinerlei Verantwortung für die Eskalation, erklärt aber, dass zwei Neonazis Anzeige wegen gefährlicher Körperverletzung erstattet haben, der nun nachgegangen werde.

Eine knappe Woche später ist aus der Körperverletzung ein vorsätzlicher Mord geworden und aus dem einzelnen Stein mehrere, die nun auch auf Polizist*innen gerichtet gewesen sein sollen. Die Polizei erklärte gemeinsam mit der Staatsanwaltschaft, den Vorfall als „versuchtes Tötungsdelikt“ anzusehen und daher einen richterlichen Durchsuchungsbefehl für die besetzte Kirche erwirkt zu haben. Stolz wie Oskar konnte man nun nicht bloß das Gebäude gegen den Willen der Kirche räumen, sondern auch die Mobiltelefone aller Anwesenden beschlagnahmen und

deren Fingerabdrücke im Rahmen einer erkennungsdienstlichen Behandlung abnehmen.

Demonstration im „Wanderkessel“

Die Polizei nahm zuletzt zwei Personen fest, wobei es in einem Fall um einen ungeklärten Aufenthaltsstatus gegangen sei. Die zweite Person, eine 29-jährige Frau, die an der Universität Duisburg-Essen Biologie studiert hat, musste hingegen bis zum frühen Abend auf ihre Entlassung warten und sich einen versuchten Mord vorwerfen lassen, für den die Polizei schließlich keinen dringenden Tatverdacht geltend machen konnte. Unterdessen war ein Demonstrationszug angemeldet worden, der ab 19 Uhr friedlich gegen die Räumung protestierte. Die Veranstalter*innen sprechen von 350 Teilnehmer*innen, deren bunte Transparente („Gestern Hüpfburg, heute Hundertschaft“) hinter zahlreichen martialisch ausgerüsteten Polizist*innen kaum zu erkennen waren. „Avanti ist eine Chance für uns alle“, heißt es im Aufruf. „Wir demonstrieren für die Kunstausstellungen, Konzerte, Hüpfburgen und alles was da noch kommen könnte!“

Lange spricht „Klartext“

Polizeipräsident Lange hingegen nutzte den Anlass, um „Klartext“ zu sprechen. Alle Maßnahmen würden lediglich der Aufklärung eines „Kapitalverbrechens“ dienen, man sei weit davon entfernt, die gesamte Gruppe unter Generalverdacht zu stellen. „Im Kampf gegen menschenverachtenden Rechts extremismus müssen alle demokratischen Kräfte zusammenwirken“, meint Lange. Inwieweit die Dortmunder Polizei das hier getan haben will, bleibt sein Geheimnis. [Autor*in der Redaktion bekannt]

HÖMMA!



Eimer Pommes Schranke

Die halbe Welt hat sich getz schon nen Eimer voll Eiswasser über die Köpfe geschüttet um gegen irgendeine Krankheit Geld zu sammeln. Mich hat der Dieter da jetzt auch nominiert, aber da mach ich lieber wat eigenes. Ich könnt ja gegen Lungenkrebs ne Stange Kippen zertreten, oder gegen HIV ein Kondom über die Nase ziehn und platzen lassen. Aber ma kucken, was andere so machen.

Es gibt zum Beispiel auch die Rubble Bucket Challenge, wo man sich für die Palästinenser mit nen Eimer Schutt beschüttet. Nach dem Krieg gabs hier ja auch nur Schutt, aber is ja auch kein Wunder, wenn Krupp nebenan Bomben baut. Vielleicht lassen sich als Antwort ja bald Leute für Israel mit ein paar Silvesterraketen beschießen. Der Dieter hätte da noch ein paar Packungen in der Garage, wenn wer will.

Aber ma im Ernst, dat is doch alles ganz weit wech und kein Mensch weiß, wos Geld am Ende landet. Da soll die Kohle doch lieber im Pott bleiben. Eimer Pommes Schranke bestellen und sich die dann inne Fresse klatschen, dat ginge. Aber Essen wegschmeißen is auch Kacke und im Herbst schüttet das eh wieder wie aus Eimern. Da könnt man auch besser nochma Eis essen, statt es wegzukippen.

Deshalb mach ich getz die Wassereisbucket Challenge. Dabei muss man sich an der nächsten Bude nen Eimer voll Wassereis kaufen und an die Leute verteilen. So heilt man zwar keine komischen Krankheiten, aber macht zumindest ma wat Nettes. Ich nominier dafür Rolf van Raden, Ulrich Radtke und Alice Schwarzer.

Machts gut ihr Halunken, euer Bernd Trunken

Zelte statt Wohnungen: Ein konstruierter Notstand

Nein, in Duisburg gab es weder ein Erdbeben noch einen Tropensturm oder eine Überschwemmung. Trotzdem hat die Stadt ein Zeltlager errichtet, um Menschen unterzubringen. Rund 150 Geflüchtete sollten in 24 Großraumzelten auf einem ehemaligen Fußball-Schotterplatz in Duisburg-Walsum leben müssen. Ein konstruierter Notstand, mit dem die Ruhrgebietsstadt Druck auf die Bezirksvertretung in Arnsberg ausüben wollte. Mit der Strategie hat die Stadt jetzt offensichtlich Erfolg: Vorerst werden Duisburg keine Geflüchteten mehr zugeteilt.

Grund für die Errichtung einer Zeltstadt sei die rapide angestiegene Zahl von Geflüchteten, sagte Duisburgs Sozialdezernent Reinhold Spaniel gegenüber der WAZ. Er beklagt sich über zu spontane Zuweisungen durch die Bezirksvertretung Arnsberg, die die Geflüchteten den Städten zuteilt. Die Zeltlager, die die Stadt in Kooperation mit dem Deutschen Roten Kreuz kurzerhand errichtet hatte, sei lediglich eine Notlösung. Trotzdem zeichnet die Stadt damit ein Bild von vermeintlich nicht anders zu bewältigenden Flüchtlingsströmen und verschafft durch eine solche Dramatisierung rassistischen Argumentationen gegen die Aufnahme von traumatisierten geflohenen Menschen Raum.

Dass Kommunen sich darüber beschweren, mit der Anzahl an zugewiesenen Geflüchteten überfordert zu sein, ist nicht neu. Duisburg ist aber bundesweit die erste Stadt, die ein Zeltlager aufgebaut hat. Städte wie München und Bremen hatten bereits geprüft, solche Notlager zu errichten, haben dann aber doch Abstand von den Plänen genommen. Zu groß war die Kritik im Vorfeld. Menschenrechtsorganisationen laufen angesichts der Zustände in Duisburg Sturm: „Auch wenn es sich nach Angaben des Sozialdezernenten Reinhold Spaniel um eine Übergangslösung handeln soll, ist die-



Foto: Barry / flickr.com / CC-BY-NC-SA 2.0

Geplante Dramatik: Trotz 19.000 leerstehenden Wohnungen wollte Duisburg Geflüchtete in Zelten unterbringen.

se ‚Lösung‘ inakzeptabel und für die Stadt Duisburg beschämend, da es durchaus andere Möglichkeiten gäbe!“, sagt Heinz Drucks, Vorstandsmitglied des Flüchtlingsrates NRW.

Nur die Hälfte der Geflüchteten in Wohnungen

Der Flüchtlingsrat fordert die Stadt dazu auf, ihr Unterbringungskonzept gründlich zu überdenken und die ihr zur Verfügung stehenden Gelder statt für Behelfsunterbringungen wie Turnhallen und Zelte für die Anmietung von leerstehenden Mietobjekten auszugeben, damit Flüchtlinge in feststehenden Häusern untergebracht werden können. Aktuell sind von den 1.600 Geflüchteten in Duisburg nur die Hälfte in Wohnungen untergebracht. In Duisburg standen aber laut Wohnbericht 2011 ganze 19.000 Wohnungen leer. „Wer so viel Leerstand hat, muss nicht auf solche Notlösungen zurückgreifen“, so Flüchtlingsratsvorstand Heinz Drucks.

Was in Duisburg fehlt ist nicht der Wohnraum, sondern ein Langzeitkonzept, das eine dezentrale Unterbringung von Geflüchteten in Wohnungen im gesamten Stadtgebiet vorsieht. Stattdessen dreht sich die aktuelle Debatte wieder einmal um mögliche Sammelunterkünfte. Container, Turnhallen und Schulen werden als Alternative zum

Zeltplatz angepriesen. Diese erscheinen vor dem Hintergrund der Zelte zunächst als Verbesserung, sind es aber nicht: Fehlende Privatsphäre, Isolierung von der Gesellschaft und daraus resultierende Stigmatisierung durch die Bevölkerung machen Großunterkünfte für traumatisierte Geflüchtete zur Zumutung. Vielleicht war es Teil des städtischen Kalküls, vor dem Hintergrund der Zeltlager-Drohung die vorher denkbar schlechtesten Unterbringungsalternativen nun als positives Zugeständnis verkaufen zu können.

Alternative Zinkhützensiedlung?

Zumindest in einer Alternative zum Zeltplatz in Walsum, die derzeit in der Stadtpolitik diskutiert wird, könnten Geflüchtete in Wohnungen untergebracht werden. In der alten Zinkhützensiedlung in Duisburg-Hamborn, könnten, so erste Stimmen von den Grünen, Geflüchtete unterkommen. Die Siedlung wurde für ein Factory Outlet Center geräumt und die Stadt entscheidet kommenden Monat darüber, ob die Häuser für das Einkaufszentrum abgerissen werden. Tatsächlich könnten dort nur kurzzeitig Menschen untergebracht werden, solange die Ratssitzung der Stadt noch aussteht. Ein langfristiger Plan sieht auch hier anders aus. [mac]

Libertäre Medienmesse: Lesend schreiten sie voran

Aller guten Dinge sind mindestens drei: Zum dritten Mal nach den Jahren 2010 und 2012 hat am vergangenen Wochenende die Libertäre Medienmesse (LiMesse) im Ruhrgebiet stattgefunden. Für drei Tage wurde die Zeche Carl in Essen zu einem Forum für linke Kleinverlage, Zeitungs- und Zeitschriftenkollektive, Video- und Internetaktivist*innen abseits des Mainstreams. Das Rahmenprogramm mit 25 Vorträgen, Diskussionsveranstaltungen, Filmvorführungen, Projekt- und Buchvorstellungen stand in diesem Jahr unter dem Motto „Frauen.Arbeit.Migration“. Ein Besuch auf einem der größten anarchistischen Events im deutschsprachigen Raum.

Beim Betreten des zur Messehalle umfunktionierten Veranstaltungssaals der Zeche Carl fällt zunächst ein großer Fahnen-Aufsteller des Neuen Deutschlands (ND) ins Auge. Die Linksparteinahe Tageszeitung, die eigentlich des Anarchismus weitgehend unverdächtig ist, hat sich einen prominenten Platz zwischen den Initiativen gesichert, die mehrheitlich auf Selbstorganisation statt auf staatliche Repräsentation in Parlamenten setzen. Insgesamt dominieren selbstgemalte Transparente und vor allem Büchertische das Bild. Der Münsteraner Unrast-Verlag ist hier und stellt seine Neuerscheinungen vor. Am Stand des Alibri-Verlags gibt es religionskritische Kinderbücher und Aufklärungsliteratur über esoterische Weltanschauungen. Der Schmetterling-Verlag bietet seine Bücher der theorie.org-Reihe an, und der Berliner Verbrecher-Verlag wirbt für seine Edition der Tagebücher des Anarchisten Erich Mühsam. Zwischen den Ständen der 24 vertretenen Verlage verteilen libertäre Gruppen selbst verlegte Pamphlete und Theorietexte, einige Antiquariate bieten ihre Schätze an. Das Institut für Syndikalismusforschung ist da, und auch das Café-Libertad-Kollektiv, das Kaffee aus den zapatistischen Gemeinden in Mexiko vertreibt, hat sich angekündigt. Insgesamt dominiert das gedruckte Wort, aber nicht nur: Zwischen den Bergen von Papier erklären zum Beispiel die Aktivist*innen von free.de, weshalb es sinnvoll ist, die technische Infrastruktur im Internet selbstorganisiert zu betreiben, statt sich den werbefinanzierten Diensten von Google und Co. auszuliefern.

So bietet die LiMesse einen Überblick über das heterogene Feld politischer Positionen, die sich gemeinsam aus libertären und anarchistischen Theorieansätzen speisen. Ihr Kern ist die Ablehnung jeder Form der Ausbeutung und Unterdrückung des Menschen durch den Menschen. Dagegen setzen die Aktivist*innen jeweils eigene und recht unterschiedliche Modelle des selbstbestimmten netzwerkförmigen Zusammenschlusses – wobei das Spektrum von ökologisch-pazifistischen Graswurzel-Gruppen über reine Publikationsprojekte bis hin zu basisgewerkschaftlichen Organisationsansätzen reicht.

Weltweite Bewegung

Die Libertäre Medienmesse ist damit Teil einer Bewegung, die inzwischen weltweit in 35 Städten und mehr als zehn Ländern anarchistische Buchmessen auf die Beine stellt. Ihren Ursprung in Europa hat das Konzept in der „Anarchist Book Fair“ in London, die seit 30 Jahren stattfindet. In den USA veranstalten Aktivist*innen in San Francisco die „Bay Area Anarchist Book Fair“ ebenfalls bereits seit fast 20 Jahren. Mittlerweile gibt es vergleichbare Veranstaltungen unter anderem in Mexiko, Brasilien, Frankreich, Slowenien, Bulgarien, Spanien, Kroatien und Portugal.

Aktiv im Ruhrgebiet

Wie andere anarchistische Buchmessen ist auch die Messe auf Zeche Carl ein Non-Profit-Projekt. Sie wird organisiert von einer Gruppe von Medien-, Sozial- und Gewerkschaftsaktivist*innen aus



Bücher gegen Herrschaftsstrukturen: Anarchistische Gruppen sind derzeit im Aufwind, dazu trägt auch die Libertäre Medienmesse bei.

dem Ruhrgebiet, dem Rheinland und dem Niederrhein, die auch abseits der Messe Unruhe in der Region stiften: Einige von ihnen waren in der AG Kritische Kulturhauptstadt aktiv, außerdem finden sich hier Organisator*innen des Euromayday Ruhr, einer alternativen Tanzdemonstration zum 1. Mai gegen prekarierte Lebensverhältnisse.

Neue Netze

Als die Aktivist*innen im September 2010 nach Oberhausen zur ersten Libertären Medienmesse einluden, verband sie ein über das dreitägige Event hinausgehender Wunsch: Sie wollten eine dauerhafte Vernetzungsstruktur herrschaftskritischer Medienmacher*innen anregen. Dass daraus bisher nichts geworden ist, finden die Veranstalter*innen jedoch nur

halb so wild. Denn tatsächlich ist sogar mehr entstanden als nur ein Forum für Publizist*innen. So gründete sich im Anschluss an die erste Messe in Oberhausen die Zeitschrift Gai Dào, ein neues anarchistisches Monatsmagazin, das bis heute erscheint. Mit der „Föderation deutschsprachiger Anarchist*innen“ ist ein zweiter überregionaler Zusammenschluss neben der anarcho-syndikalistischen Gewerkschaft FAU entstanden, zu dem sich inzwischen 27 lokale Gruppen zugehörig fühlen. Nach einem Vernetzungstreffen auf der LiMesse 2012 hat sich außerdem die Anarchistische Föderation Rhein/Ruhr gegründet, in der bis heute sechs Gruppen aus Düsseldorf, Dortmund, Krefeld, Duisburg, Bochum und dem östlichen Ruhrgebiet zusammenarbeiten. [rvr]

„Es verprügelte Sie Herr Müller“

Vorletztes Wochenende, Dortmund: Polizeibeamt*innen haben Nazi-Gegner*innen mit Pfefferspray angegriffen um den Neonazis den Rückweg von ihrer Kundgebung freizumachen. Wer sich in den eigenen Rechten verletzt fühlt, kann Anzeige erstatten. Ein Gericht prüft, ob die Exekutive Grundrechte verletzt hat oder gesetzesmäßig vorgegangen ist. So steht es jedenfalls im Staatsrechtslehrbuch. In der Realität indes scheidet ein rechtsstaatliches Verfahren bereits häufig an der Identifizierung der Beschuldigten. In NRW soll sich das bald ändern: Das Innenministerium plant die Einführung einer Kennzeichnungspflicht für die Bereitschaftspolizei.

Wolfgang Beus, Pressesprecher des nordrhein-westfälischen Innenministeriums, erklärt gegenüber aktuell, dass „es eine Form der Kennzeichnung geben wird, die Polizistinnen und Polizisten in geschlossenen Einsätzen so kennzeichnet, dass sie im Nachhinein identifizierbar sind“. Dabei lege das Innenministerium bei seinen Planungen großen Wert darauf, dass die Anonymität der Beamt*innen während des Einsatzes gewahrt bleibt. Wie genau die Kennzeichnung aussehen wird, kann er noch nicht sagen. Eine Zahlenkombination soll es aber nicht sein: „Polizistinnen und Polizisten sind für uns keine Nummer“

Bei Menschenrechtler*innen stößt die geplante Kennzeichnungspflicht auf Zuspruch: „Das ist längst überfällig. Ein Rechtsstaat muss garantieren, dass sein Handeln kontrolliert werden kann“, so Alexander Bosch, Sprecher der Themengruppe Polizei und Menschenrechte bei der deutschen Sektion von Amnesty International. Bisher behindere das anonyme Handeln von Polizist*innen in einer Gruppe vor allem bei Großeinsätzen das rechtsstaatliche Vorgehen. Zudem verweist er auf die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, welcher die Möglichkeit einer Identifizierung von

Täter*innen in Uniform fordere. „Es geht überhaupt nicht darum, Misstrauen gegen Polizeibeamte aufzubauen. Natürlich hat der Staat das Gewaltmonopol“, so Bosch. „Doch muss aber auch maximale Kontrolle garantiert sein. Insofern ist es nur sinnvoll, wenn Polizeibeamte durch eine Kennzeichnung identifizierbar sind“, erläutert er weiter.

In den europäischen Nachbarländern ist es eher die Regel als die Ausnahme, dass Polizist*innen verpflichtet sind, eine Kennzeichnung zu tragen. In einem Bericht des wissenschaftlichen Dienstes des Bundestags heißt es, dass in den meisten Mitgliedsstaaten der EU „eine Pflicht zur Kennzeichnung zum Zweck der persönlichen Identifizierung eines Polizeibeamten, sei es in der Umsetzung durch ein Namensschild und/oder durch eine Identifikationsnummer“ bestehe. Und: Meistens habe eine solche Kennzeichnungspflicht nicht zu einem „Anstieg unberechtigter Anschuldigungen gegen Polizeibeamte oder gar zu persönlichen Übergriffen auf diese geführt“. Zumindest gäbe es dafür keine „relevanten Informationen“.

Ein Blick in einige deutsche Bundesländer genügt: In Berlin ist die Kennzeichnungspflicht bereits durch einen Erlass eingeführt



Foto: Fra

„Ein Rechtsstaat muss garantieren, dass sein Handeln kontrolliert werden kann.“

worden, seit Kurzem ebenso in Rheinland-Pfalz. Brandenburg ist das einzige Land, in dem sie bereits gesetzlich verankert ist. Laut dem Polizeigesetz des Landes tragen Polizist*innen seit 2013 Namensschilder – bei Einsätzen „in geschlossenen Einheiten“, also vor allem bei Demonstrationen und Fußballspielen, werden diese durch „eine zur nachträglichen Identitätsfeststellung geeignete Kennzeichnung ersetzt“. Im Klartext: Streifenpolizist*innen tragen Namensschilder, Bereitschaftspolizist*innen eine fünfstelligen Zahlenkombination.

Die drei großen Polizei-Gewerkschaften laufen Sturm gegen die Kennzeichnungspflicht. So fordert die GdP beispielsweise eine

einheitliche ablehnende Regelung von Bundesländern und Bund und unterwandert somit bewusst das Föderalismusprinzip. Es ist unerlässlich für die vertikale Gewaltenteilung und sieht unter anderem vor, dass die Polizei-Gesetzgebung Sache der Länder ist.

Die Gewerkschaften argumentieren mit dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung der Polizist*innen. Die in NRW geplante Kennzeichnungspflicht sieht aber ebenfalls bloß eine anonymisierte Kennzeichnung vor, die erst in einem Ermittlungsverfahren oder nach einer Dienstaufsichtsbeschwerde mit einer Person in Verbindung gebracht werden kann. In Brandenburg

TIPPS & TERMINE



MITTWOCH, 03.09.

Spontan auf'n Mittwoch

In der Rotunde sollen nun auch unter der Woche Parties stattfinden. Im Spontan Club legen vier DJs vier Stunden lang auf. Den Anfang machen am Mittwoch Jonathan, Craftkind und Willem, die vierte Person wird noch durch ein Voting ermittelt.

► Ab 19 Uhr, Rotunde Bochum, Konrad Adenauer Platz 3

DONNERSTAG, 04.09.

Stadtgarten Acoustic Session

Bei hoffentlich gutem Wetter wird im Essener Stadtgarten erneut gejamt. Neben akustischer Musik lockt auch die Möglichkeit, bei einer Veranstaltung tatsächlich mal wieder rauchen zu dürfen.

► Ab 18 Uhr, Stadtgarten, Essen, Eintritt frei

FREITAG, 05.09.

Supakool

Ob HipHop und FunkyBreaks, Reggae oder Dancehall - dieses Jubiläum fährt eingies auf, damit kein Fuß stillsteht. Wen es nicht auf die Tanzfläche zieht, kann die Treter trotzdem rythmisch auf den Boden schlagen, während Jibel Jay seine Beatbox-Performance darbietet.

► Ab 23 Uhr, Goethebunker, Eintritt: 8 Euro



„90 Prozent der in Deutschland gegen Polizeibeamte eingeleiteten Verfahren werden eingestellt oder enden mit Freispruch.“

laufen aktuell zwei Verfahren von Gewerkschafter*innen gegen den Paragrafen, der die Kennzeichnungspflicht normiert.

Im Innenministerium des Landes Brandenburg kann man die Bedenken der Polizei-Gewerkschaften nicht nachvollziehen. „In den Verfahren haben wir ganz gute Karten“, so Pressesprecher Ingo Decker. Zudem stoße die Pflicht zur Kennzeichnung unter den Beamt*innen zunehmend auf Akzeptanz.

„Als das Gesetz eingeführt wurde, malten die Polizei-Gewerkschaften den Teufel an die Wand. Aber nichts von dem ist eingetreten“, erklärt Decker. Dass es Angriffe und Nachstellungen gegen Polizist*innen gebe, sei nicht von

der Hand zu weisen. Dazu gehöre allerdings eine „hohe kriminelle Energie“. Einen Zusammenhang zur Kennzeichnungspflicht sieht der Pressesprecher des brandenburgischen Innenministeriums aber nicht: „Das hat es schon immer gegeben, auch ohne Namensschilder.“

„Warum also können sich die Beamten einer bürgernahen Polizei nicht mit ihrem Namen kenntlich machen? Außerdem schützen wir unsere Beamten, die bedroht werden. Dafür gibt es Ausnahmeregelungen.“ Und tatsächlich: Im brandenburgischen Polizeigesetz heißt es, dass die Kennzeichnungspflicht nicht gilt, wenn Polizist*innen dadurch konkret gefährdet würden.

Alexander Bosch von Amnesty International findet eine bloße Kennzeichnungspflicht nicht ausreichend: „90 Prozent der in Deutschland gegen Polizeibeamte eingeleiteten Verfahren werden eingestellt oder enden mit Freispruch.“ Das liege zum einen an der Schwierigkeit, Polizist*innen zu identifizieren, aber auch „an der Nähe zwischen Staatsanwaltschaft und Polizei“. Theoretisch seien sie zwar getrennt, praktisch sei die Staatsanwaltschaft aber „die Herrin des Verfahrens“. Daher fordert Bosch eine unabhängige, externe Untersuchungsstelle, die bei Vorwürfen gegen Polizist*innen ermitteln solle. „Zudem braucht es bei der Polizei mehr Menschenrechtsbildung und interkulturelle Kom-

petenz“, fordert er. Der Staat müsse anerkennen, dass es Racial Profiling, also „verdachtsunabhängige Kontrollen“ aufgrund der Hautfarbe oder äußerer Erscheinungsmerkmale, gebe. „Bisher verhalten sich die Regierungen so, dass sie sagen, dass das Racial Profiling gerichtlich verboten sei und deshalb nicht praktiziert werde“, erklärt der Menschenrechts-Aktivist. „Weil die vermeintlich verdachtsunabhängigen Kontrollen vor allem Menschen treffen, die nicht typisch deutsch aussehen, gehören sie abgeschafft“.

Im Innenministerium in NRW stößt die Forderung nach einer unabhängigen, externen Untersuchungsstelle nicht auf Unterstützung. „Die Staatsanwaltschaft ist doch bereits unabhängig. Als Justiz ist sie nicht an Weisungen gebunden, das ist ein wichtiger Grundsatz der Gewaltenteilung“, erklärt Wolfgang Beus, Pressesprecher des nordrheinwestfälischen Innenministeriums. Er hält die Forderung für eine unterschwellige Unterstellung, dass die Staatsanwaltschaft nicht richtig arbeite.

Zustimmung bekommt er von seinem Kollegen Decker aus Brandenburg: „Ich sehe da keine Notwendigkeit. Das wäre ein unbegründetes Misstrauensvotum gegen die Polizei.“ Die Staatsanwaltschaft sei von der Polizei getrennt und gehe Anzeigen gegen Polizist*innen objektiv nach. „Der Grund dafür, dass so viele Verfahren gegen Polizisten eingestellt werden, ist einfach, dass die meisten Vorwürfe an den Haaren herbeigezogen sind. Bei einigen hat es sich zu einem Volkssport entwickelt, Polizisten anzuzeigen“, kritisiert Decker die Forderung von Amnesty International mit einer Unterstellung seinerseits. [Fra]

FREITAG, 05.09.

Unknown Buchmesse Zollverein

Abseits des Mainstreams stellen sich hier 60 unabhängige Autor*innen vor, außerdem Self-Publisher und Kleinverlage. Neben Lesungen, Autorengesprächen und Gebrauchtbüchermarkt wird am Sonntag erstmals der Buchpreis Unknown verliehen.

► Fr. 16 - 21, Sa. 11 - 24, So. 10 - 19 Uhr, Zeche Zollverein, Essen

SAMSTAG, 06.09.

Hanfdemo

Die Demonstration „Für Hanf als Medizin, Rohstoff und Genussmittel“ wartet mit drei Kundgebungen, einer Abschlussrede und Musik von Selassikai und Quark mit Sahne auf.

► Ab 15.30 Uhr, Viehofer Platz, Essen

SONNTAG, 07.09.

Tekno Rebellinnen Djanos Only

Kara Kizz (Frohnatur), Theelectricaste (Tanzflur) und Miatrice (Räuber und Rebellen) legen feinsten Techno auf. Das Tanzbein darf geschwungen werden!

► Ab 23 Uhr, Räuber & Rebellen, HBF Recklinghausen, 5 Euro

MONTAG, 08.09.

Meso Jazz

Das Herbstprogramm des kleinen, Kulttheaters startet mit einer bunten Improvisation aus Piano, Mundharmonika, Violine und Saxofon. Auch harmonischer Jazz wird nicht zu kurz kommen, wenn das Duo Friedrich und Gertges am Montag den Vorhang fallen lässt.

► Ab 20 Uhr, Die Säule, Goldstr. 15, Duisburg

Punkrock und Saufen

Bei Punkkonzerten macht eine Band laute Musik, während das Publikum Bier trinkt und Pogo tanzt. So in etwa lief es auch bei Operation Semtex und Eisenpimmel ab, die am vergangenen Freitag im Oberhausener Druckluft spielten. Punkrock, und gerade der ruhrpottypische Assi-Punk mit deutschen Texten, ist seit Jahrzehnten eine musikalische Konstante, die aus alternativen Zentren und Szenen der Region kaum wegzudenken ist und aller Dreistigkeit zum Trotz nur noch selten wirklich aneckt.

Im Druckluft sitzen Illona und Andi, die das Punkkonzert veranstalten, an der Kasse. Am zweiten Oktober werden sie hier sogar ein Festival ausrichten. Beim „Festival der Volxmusik“ sollen die abstürzenden Brieftauben und die Mimmis auftreten, die unter demselben Titel schon 1990 auf Tour waren. Punkrock ist eines der beständigsten Musikgenres unserer Zeit. Wenn Musikjournalist*innen schreiben, das neue Wizo-Album klinge wie vor 20 Jahren, ist das meist ohne Abstriche als Kompliment gemeint. Auch die Geschichte von Eisenpimmel reicht, je nachdem, welcher Legende man glaubt, bis in die Achtziger- oder Neunzigerjahre zurück. Überhaupt liest man über die Band einiges, was man kaum glauben kann. Etwa, dass sie einst unter dem Pseudonym „B.K.S.A.W.“ (Befreiungskommando Solidarische Aktion West) eine Single mit dem Titel „Initiative statt Verblödung“ aufnahmen, die auf Sexismusvorwürfe aus der linken Szene antwortete, indem die Band etwa sang: „Die Perpetuierung bestehender Machtverhältnisse ist der harte Kern der Propaganda und bedeutet geschlechtliche Hierarchie.“ Den linksintellektuellen Jargon zu veralbern hatte damals wie heute sicherlich eine Berechtigung, aber ist Punkrock nicht wirklich oft ziemlich sexistisch?

900 Jahre Semtex

Vertagen wir die Frage. Weiter im Programm: Operation Semtex sind eine reine Männerband, die einen härteren Oi-Punk spielt. Die Band aus Essen spielt seit beinahe neun Jahren zusammen, feiert dieses Jahr aber offiziell ihr 900jähriges Jubiläum um älter und seriöser zu wirken. Sie singen Lieder über den Billigwein „Domkeller Stolz“ oder feiern das Ruhrgebiet mit einem Chorus, der nur aus einem laut gegröhlten „Ohooo,

Ruhrgebiet“ besteht. Sänger Tasilo Gritzko erreichte einst durch seine Rolle als „Specki“ in der dubiosen Scripted-Reality-Serie X-Diaries überregionale Bekanntheit. Oft tun Punkrocker*innen mit Vorliebe, was anderen zu peinlich wäre. Zur Zeit der Nachmittagstalkshows setzte sich nicht nur Kassierer-Sänger Wolfgang Wendland in eine solche Show, um als fauler Dauerarbeitsloser zu posieren und den Hass des Publikums auf sich zu ziehen. Statussymbole scheinen im Punkrock umgekehrt zu funktionieren. Ekelig, hässlich und betrunken zu sein ist eher ein Vorteil als ein Nachteil. Punkrocker*innen sind gerne der Abschaum der Gesellschaft. Das ist zwar sympathisch antielitär, führt aber oft auch zu einem raumeinnehmenden oder ausgrenzenden Verhalten. Punkrock ist eben Desensibilisierung und kann Sorgen und Ängste in einem großen Arschlecken verschwinden lassen; sie kann aber auch überfordern und Angst machen.

Urlaub vom Gehirn

Wenn es um Sexismus geht, sollten zwei Dinge auseinandergehalten werden: Die Texte, die oft gezielte Provokationen enthalten und die Art und Weise, wie die Szene funktioniert. Deutsche Punkrocktexte leben oft von der Grenzüberschreitung, sie feiern alles Eklige und Perverse und stellen sich selbst als die größten Proleten dar. Im Gegensatz zu vielen Raptexten, die es auf die Provokation abgesehen haben, wirkt Punkrock heute oft überdeutlich ironisch. Hier gibt es keinen egoistischen Ich-Erzähler, der sich durch Abwertung Schwächerer profiliert, sondern man zieht sich gemeinschaftlich in den Dreck. Viel interessanter ist aber was tatsächlich gelebt wird und auch hier ergibt sich ein zwiespältiges Bild.



Eisenpimmel in Aktion: links Gitarrist Wolle Pannek, rechts Leadsänger Siggi Katlewski (Foto: aGro)



Doch neben Bärbel Rotzky wirken sie alle blass (Foto: aGro)

Eigentlich finde ich Rockmusik nämlich scheiße. Da tun sich im Normalfall vier bis sechs unglaublich harte Typen zu einer Band zusammen und spielen mit Gitarre und Schlagzeug völlig untanzbare Lieder darüber, was für unglaublich harte Typen sie sind. Rockkonzerte sind Männlichkeitsrituale, bei denen das „starke Geschlecht“ mal so richtig stark sein darf. Das gilt im Grunde auch für Punkrock. Trotzdem finde ich es manchmal auch sehr befreiend, mich völlig zu besaufen, Texte darüber zu gröhlen, sich völlig zu besaufen und dabei hüpfend fremde Leute anzurempeln. Ist das jetzt doppelamoralisch oder habe ich am Ende sogar eine gesplante Persönlichkeit?

Bei Rockkonzerten sind Männer schließlich nicht nur die auf der Bühne präsenteren, sondern

auch davor. Viele Frauen beobachten das oft wüste Geschubse von weiter hinten. Bei Eisenpimmel singt dann immerhin auch eine Frau. Bärbel Rotzky sitzt im schrillen Fummel mit Federboah breitbeinig auf der Bühne und rotzt ihre Texte ins Mikro. Im Gegensatz zu anderen männlich dominierten Szenen wie Hiphop, Rockabilly oder Reggae, in denen die wenigen Frauen neben den harten Männern meist besonders feminin auftreten, ist die männliche Pose beim Punkrock eher Unisex, die männliche Norm gilt ein Stück weit für alle. Das ist wohl auch der Grund, warum ich Punkrock auf die Dauer viel zu anstrengend finde. Irgendwann ist der Suff weg und der Kater da, und es ist nur noch nervig. Aber das nächste Konzert kommt bestimmt. [aGro]

Neues in der NRW-Schullandschaft

Was in Sachsen-Anhalt und Bremen schon seit Jahren Gang und Gebe ist, soll nun auch in NRW verwirklicht werden: Schüler*innen aller Leistungsniveaus sollen länger gemeinsam unterrichtet werden. Mit dem neuen Schuljahr haben weitere Sekundarschulen mit dem Regelschulbetrieb begonnen. Während sich die Gewerkschaften nach anfänglicher Kritik dazu durchgerungen haben, das Konzept zu unterstützen, geht der NRW-Schüler*innenvertretung das nordrhein-westfälische Modell nicht weit genug.



Schulleiter Silvio Husung vor seiner Sekundarschule. (Foto: fro)

Es sollte die Befriedung eines jahrelangen Konflikts werden: Im sogenannten „Schulkompromiss“ haben SPD, Grüne und CDU gemeinsam beschlossen, einen neuen Schultyp als Alternative zu den bisherigen Haupt- und Realschulen einzuführen. „An Sekundarschulen haben die Kinder in der fünften und sechsten Klasse weiter gemeinsamen Unterricht“, erklärt Maike Finnnern, stellvertretende NRW-Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). Damit die individuellen Bedürfnisse der Schüler*innen nicht zu kurz kommen, folge an den meisten Sekundarschulen eine innere Differenzierung. „Es gibt drei Modelle, denen Sekundarschulen folgen können“, sagt Finnnern. Ein Großteil der Schulen verfolge dabei das teilintegrierte Modell: Hier werden die Schüler*innen – wie bereits an Gesamtschulen üblich – in einigen Fächern nach Leistungen in Kurse mit unterschiedlichen Niveaus eingeteilt. Außerdem können Jugendliche durch einen schulischen und einen berufsorientierten Bildungsweg, der auf Kooperation mit Betrieben setzt, auf ihr späteres Leben vorbereitet werden. Bei dem jetzt in NRW umgesetzten Modell bleiben jedoch die Gymnasien erhalten. Im Gegenzug können Schüler*innen an Sekundarschulen kein Abitur machen. Die Landesschüler*innenvertretung NRW kritisiert, dass dieser Zwischenweg nicht ausreicht, um Chancengleichheit zu gewährleisten. Sie fordert, das mehrgliedrige Schulsystem komplett abzuschaffen, um eine Schule für wirklich alle zu schaffen.

Gemeinsamer Unterricht, spätere Differenzierung, kleinere Klassen – das sind die zentralen Versprechen, mit denen die rot-grüne Landesregierung für die Sekundarschule wirbt. Der große Unterschied zu den Gesamtschulen, die weiter bestehen bleiben sollen, bleibt die fehlende gymnasiale Oberstufe. Zwar hat sich die Chance auf weiterführende Bildung mit dem Besuch einer Sekundarschule nicht erledigt, ein Schulwechsel als zusätzliche Hürde mit allen damit verbundenen Nachteilen bleibt jedoch bestehen. Jede Sekundarschule geht eine Kooperation mit einer Gesamtschule, einem Gymnasium oder einem Berufskolleg ein.

Eine funktionierende Schule

Nur ein Jahr nach dem Beschluss, Sekundarschulen in NRW einzuführen, öffnete bereits die Sekundarschule in Dinslaken ihre Pforten. Momentan werden hier die Jahrgangsstufen fünf bis sieben unterrichtet. „Unsere Sekundarschule nimmt den Platz für zwei Hauptschulen und eine Realschule ein, die nun nach und nach auslaufen“, sagt Schulleiter Silvio Husung. Wenn eine Schule quasi sämtliche Schüler*innen von drei Schulen aufnehmen soll, benötigt man viel Platz. „Wir hatten extremes Glück, dass unser Gebäude relativ neu war. Zudem wird es in Zukunft einen Neubau geben, um genug Raum für die kommenden Schüler*innen zu haben.“

Bis die Schüler*innen ab der achten Klasse einen Schwerpunkt setzen, werden sie gemeinsam unterrichtet. „Wir haben uns für das kooperative Modell entschieden und Betriebe zur Unterstützung

hinzugezogen“, sagt Husung. „Auf diese Weise können wir die Leistungen, ob schulisch oder eher praktisch orientiert, optimal fördern.“

Sorgenkind Inklusion?

Im Konzept vorgesehen ist auch die Inklusion von Schüler*innen mit Behinderungen an den Sekundarschulen. „Natürlich befürworten wir die Inklusion voll und ganz. Allerdings müssen die richtigen Bedingungen gegeben sein“, sagt Gewerkschafterin Maike Finnnern. Damit gehandicapete Schüler*innen auch von der Inklusion profitieren, müssten allerdings die Voraussetzungen stimmen. Nicht nur müsse nicht nur das richtige Unterrichtsmaterial zur Verfügung stehen, auch sieht sie deutliche Defizite an den Universitäten, an denen die Lehramtsstudierenden nicht ausreichend auf die Inklusion vorbereitet würden. Das kann Schulleiter Husung nur unterschreiben: „Wenn wir sehen, dass ein inklusiv unterrichtetes Kind mit den Anforderungen einer Regelschule nicht zurechtkommt, überlegen wir mit den Eltern, ob nicht der Besuch einer Förderschule der geeigneterer Weg wäre. Immerhin tut man ansonsten weder den Lehrkräften und noch weniger dem Kind einen Gefallen.“ Trotzdem verlaufe die Inklusion an seiner Sekundarschule bislang sehr gut. „Glücklicherweise haben wir ausreichend sonderpädagogisches Personal und sorgen dafür, dass maximal fünf inklusiv unterrichtete Kinder in einen Jahrgang kommen, damit alle Kinder erfolgreich lernen können“, so Husung. [fro]

KURZMELDUNGEN

VRR baut weiter Druck auf

Der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR) hat an die ASten im Verkehrsgebiet Kündigungen der Verträge des Semesterticket verschickt. Zum Wintersemester 2015/2016 könnten damit rund 200.000 Studierende ohne Bahnticket sein. Als Alternative bietet der VRR den Studierendenvertreter*innen einen neuen Vertrag an, der das Semesterticket um rund 12 Euro verteuern soll. Hintergrund sind Preiserhöhungs-Streits zwischen den ASten und dem VRR: Der Verwaltungsrat des Verkehrsverbunds hatte im Juni eine Erhöhung der Semestertickets um bis zu 44 Prozent beschlossen. Statt zu unterschreiben kündigen die Studierendenvertreter*innen für das kommende Semester breite Protestaktionen und Demonstrationen an.

Keine Nazi-Demo in Essen

Nach langem Hin und Her fand keine Demonstration am Kopstadtplatz statt. Neonazis des Vereins Sturm 18 wollten dort am 1. September, dem 75. Jahrestag des deutschen Überfalls auf Polen, den „deutschen Helden“ gedenken sowie vor dem Hintergrund des aktuell eskalierenden Nahostkonfliktes ein Zeichen gegen „das Verbrechen an der Menschheit“ setzen. Die vom Bündnis Essen stellt sich quer ausgerufene Gegendemonstration ist daraufhin ebenfalls abgesagt worden, stattdessen hat nun ein kleines Fest stattgefunden. Ursprünglich sollte die rechte Demonstration vor der Alten Synagoge stattfinden, nach einem Gespräch mit der Polizei wurde diese erste Anmeldung dafür jedoch zurückgezogen.

akduell Liebhaben

Alle Artikel, die Möglichkeit zu Kommentieren, zu Teilen und natürlich zum Liebhaben habt ihr auf:

unserer Facebook-Seite:
► www.facebook.de/akduell

und auf unserer Homepage:
► www.akduell.de



Gehet Hin und Raset

den Alsumer Berg hinunter – beim Seifenkisten Derby am 6. und 7. September in Duisburg-Marxloh! Veranstaltet wird das Ganze von DuisburgSport in Zusammenarbeit mit der Seifenkistengruppe Mettingen als Ausrichter. Mitfiebern ist gut, mitmachen besser: Bis zum 4. September haben Fahrer*innen noch die Möglichkeit, sich anzumelden.

„Die kleinen Strolche“ haben es getan, ebenso Homer und Bart Simpson. Dieses Wochenende werden zahlreiche Rennpilot*innen ihrem Beispiel folgen, denn das Seifenkistenrennen kehrt zurück nach Duisburg. In einem kleinen Klapperkasten ohne Motor geht es über glatten Asphalt den Alsumer Berg hinab – so nah an der Straße, dass noch die kleinste Unebenheit spürbar wird und der Fahrtwind trotz Helm die Ohren sausen lässt. Je nach Rennklasse muss eure Kiste mindestens den Sicherheitsanforderungen entsprechen: eine genaue Auflistung der Kriterien und Anleitungen zum Basteln finden sich unter der unten genannten Webseite, essentiell in allen Klassen sind vier Räder und eine funktionierende Bremse. Für handwerklich weniger Begeisterte

hält DuisburgSport übrigens einige Reserveschlitten zum Verleih bereit, bei deren Vermittlung die Seifenkisten-Hotline gerne weiterhilft. Gegen ein Startgeld zwischen 7,50 und 15 Euro können sowohl Teams als auch Einzelkämpfer*innen antreten. Zudem ist es allen Teilnehmer*innen der Junior- und Senior-Rennen möglich, sich für die Deutschen Meisterschaften 2015 zu qualifizieren, für deren Finale die Strecke in Marxloh als Austragungsort weiterhin im Rennen ist. Schlecht stehen die Chancen dahingehend nicht, immerhin war Duisburg von 1951 bis 1971 jährlich Gastgeber der Bundesmeisterschaften.

Inspiriert von der Ausstellung im Kultur- und Stadthistorischen Museum Duisburg zu eben diesen Jahren ist das Projekt über vier Jahrzehnte nach der letzten Meisterschaft eine kleine Premiere. Am Samstag startet das erste Rennen um 13 Uhr, doch bereits ab 10 Uhr ist die Strecke für das offizielle Training geöffnet. Möge der schnellste Klapperkasten gewinnen! [sel]

► **Seifenkisten-Hotline:** 0203/ 283 – 58177 (Hr. Bernd Bangel)

► **Website:** <http://seifenkisten-duisburg.de/>

IMPRESSUM

ak[duell] – Studentische Zeitung für Duisburg, Essen und das Ruhrgebiet
Herausgeber: **ASTA** der Uni Duisburg-Essen, der Vorstand: Felix Lütke u.a.

Projektkoordination: Felix Groell

Anschrift: akduell, c/o ASTA der Uni Duisburg-Essen, Universitätsstraße 2, 45141 Essen

Redaktion dieser Ausgabe: Lorenza Kaib (lenz), Anett Selle (sel), Philipp Frohn (fro), Rolf van Raden (rvr), Maren Wenzel (mac), Felix Rauls (Fra), Alex Grossert (aGro)

Comic: Sebastian Happ

Vi.S.d.P.: Maren Wenzel (mac)

Auflage/Druck: 5.000 / Megadruck, Westerstede

E-Mail: redaktion@akduell.de

Web: www.akduell.de

Fon: 0201/1833134

SUDOKU – HIRNAKROBATIK

			8	4	5		1	
1	7	4	3				8	
8						4		
7				1			2	
6								4
	9			7				8
		9						7
1					3	2	6	5
2			6	5	7			

HLP! #70 - TIKKI WORLD - DAS ÜBLICHE...

